

Unsere Russland-Politik 2005 bis heute

Gerd Eisenbeiß, 3. April 2022

Natürlich gibt es Streitige Diskussionen über die deutsche Russland- und Putin-Politik, die im Übrigen auch die der EU und der Amerikaner war - mit Ausnahme während der Präsidentschaft Donald Trumps. Nun hat diese legitime Auseinandersetzung durch einen völlig undiplomatischen Beitrag des ukrainischen Botschafters an Schärfe zugelegt: der Botschafter hat den Bundespräsidenten persönlich angegriffen. Es ist klar, dass dem ukrainischen Präsidenten und seinem Botschafter kein Opfer zu groß erscheint, das wir im Westen für ihr angegriffenes Land bringen sollten. Es gibt aber viele andere entsetzlich leidende Völker auf dieser Erde - nur aus Sicht der Ukraine ist sie selbst wichtiger als Syrien, Afrika oder Myanmar.

Richtig ist, dass Frank Walter Steinmeier die deutsche Politik der letzten 20 Jahre wesentlich geprägt hat.

Was ist ihm und uns, die wir seine Politik für richtig gehalten haben, vorzuwerfen?

Insbesondere ist dabei zu fragen, in wie fern diese Politik der Ukraine geschadet hat, bzw. eine andere Entwicklung wahrscheinlich gemacht hätte.

Die deutsche und EU-Außenpolitik sah zu Recht auch in Putins Präsidentschaft¹ bis zur „Orangen Revolution“ in Kiew nur einen weiteren Autokraten, wie es auf der Welt leider viele gibt. Die „Orangene Revolution“ von Ende 2004 bis Feb. 2005, also ein Ereignis in der Ukraine, markiert wahrscheinlich den Wendepunkt in Putins internationalem Auftreten - konkret den Unterschied seiner Reden in München 2007 und zuvor in Berlin 2001.

Meine erste Schlussfolgerung ist daher, dass bis 2007 niemandem etwas vorzuwerfen ist.

Vermutlich hat Putin zumindest in den Jahren zwischen 2005 und 2014 begonnen, Russland gegen ein Überschwappen „farbiger“ Revolutionen, also der Demokratie zu wappnen - nach innen durch Schärfung der Diktatur und Aufrüstung und nach außen durch Aggressivität seiner Destabilisierungsstrategie mittels Internet-Trollen. Nur Gerhard Schröder erkannte da noch einen „lupenreinen Demokraten“.

¹ Man beachte, dass Putin zwischen 2008 und 2012 nur Ministerpräsident war. Präsident Medwedjew schien wesentlich liberaler zu sein und predigte demokratische Werte.

Zwar war 2010 Putins Mann, Wiktor Janukowytsh zum Präsidenten der Ukraine gewählt worden, doch sah auch dieser, dass der Westen mehr zu bieten hatte als Russland. Er ließ einen Assoziationsvertrag mit der EU verhandeln. Es gilt als hochwahrscheinlich, dass Moskau ihn 2013 wie auch immer gezwungen hat, diesen EU-Vertrag nicht zu unterzeichnen. Daraufhin revoltierten die Menschen (EU-ROMAIDAN), es kam zu Polizeigewalt gegen die Demonstranten; am Ende verlor Janukowytsh auch die Unterstützung seiner Gefolgschaft und floh nach Russland. Putin muss geschäumt haben vor Wut und sofortige Rache beschlossen haben.

Noch während der Olympischen Spiele in Sotschi gab er den Befehl, die Krim „nach Russland heim zu holen“. Gleich anschließend begann er, die Separation zweier ost-ukrainischer Bereiche militärisch zu ermöglichen.

2009-2013 regierte in Berlin eine christ-liberale Regierung, die die Russlandpolitik der vorherigen Regierungen bruchlos fortgesetzt hatte. Steinmeier war Außenminister der anschließenden christ-sozialen Regierung, die mit der nun offenkundigen Aggressivität Putins umzugehen hatte.

Was war falsch, welche Optionen gab es?

Die Alternativen lagen auf 2 Gebieten

- a) Der Ukraine NATO-Mitgliedschaft und Schutz versprechen
- b) Russland viel schärfer wirtschaftlich sanktionieren.

Zu a) Die Ukraine hatte wie Georgien 2008 eine NATO-Beitrittsperspektive erhalten; eine rasche Mitgliedschaft lehnten Frankreich und Deutschland ab, um Russland, das sich dagegen gewandt hatte, „nicht zu reizen“ wie Angela Merkel begründete. 2010 beschloss das ukrainische Parlament per Gesetz, blockfrei zu bleiben. Nach der russischen Krim-Besetzung wollte Präsident Poroschenko den NATO-Beitritt und stieß wieder auf Ablehnung, auch durch den deutschen Außenminister Steinmeier, der wie Frau Merkel „kein Öl ins Feuer“ gießen wollte².

Ist das zu kritisieren? Nein! Man stelle sich vor, dass eine NATO-Mitgliedschaft eines teilweise von Russland besetzten Staates bedeutet, dass die NATO sich praktisch zur Rückeroberung dieser geraubten Territorien verpflichtet hätte, also zu einem offenen Krieg gegen Russland.

Zu b) Die Bundesregierung wie auch die EU sowie demokratische Regierungen der USA versuchten ziemlich einheitlich während der ganzen Periode bis Ende 2021 einen friedlichen Modus mit Russland zu stützen; dazu gehörte insbesondere

² Der Verfassungsrang eines NATO-Beitritts stammt erst aus dem Jahr 2019

re, den Handel und die wirtschaftliche Kooperation nicht abubrechen. Die Alternative wäre gewesen, insbesondere die Rohstoffimporte aus Russland rasch zu beenden, um Russland wirtschaftlich zu ruinieren.

Das hätte die moralische Empörung des Westens sicher besser zum Ausdruck gebracht, aber ob es der Ukraine geholfen hätte, ist keine naheliegende Vermutung. Hätte Putin die Krim zurückgegeben und die Separatisten sich selbst überlassen? Das glaubt doch wohl keiner!

Russland hätte weniger Ressourcen zur Verfügung gehabt, aber seine Exporte nach Süden umorientieren können. Nun hat Putin aber über sehr lange Zeit davon abgesehen, der russischen Bevölkerung ihren fairen Anteil am Wohlstand zukommen zu lassen, um die Budgetmittel auf Militarisierung, Aufrüstung und Prestigeprojekte wie Weltraum und Goldmedaillen zu konzentrieren (sowie den Reichtum seiner Clique). Seine Diktatur war offensichtlich stark und konsequent genug, das zu tun. Glaubte jemand, er hätte auf diese Ziele verzichtet, wenn diese Einnahmen aus dem asiatischen Süden geringer als die aus dem Westen gewesen wären?

Und was ist von Putin zu erwarten, wenn er mit dem Rücken an der Wand als Verlierer vor sein Volk treten muss?

Das möchte ich ebenso wenig riskieren, wie Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier in der Vergangenheit.

Deutschland und der Westen kann nur leisten, was erwartet wird, wenn sie nicht selbst Not leiden, ihre Wirtschaft also erwirtschaftet, was sie selbst und für Hilfen an andere brauchen. Und dabei geht es nicht nur um Opfer für die Ukraine, sondern auch um Klimaschutz, also Opfer für die ganze Welt! Klimaneutralität Deutschlands und der EU brauchen noch Jahrzehnte mit viel mehr Energieeffizienz und hoffentlich rascherem Zubau an viel Wind- und Sonnenenergie. Ohne Erdgas und - wo geduldet - Kernenergie im Strom- und Wärmesektor sowie Öl im Mobilitätsbereich wird das noch Jahrzehnte nicht gehen!

Da machen es sich viele Menschen moralisch leicht, indem sie einfach sagen, das gehe alles ganz rasch, wenn man nur wolle³. Für mich ist etablierte Tatsache, dass es leider nur langsam geht und die Nordsee leider immer weniger Erdgas liefert, das für die Energiewende so wichtig ist und das am komfortabelsten per Pipeline aus dem Osten kommt. Und da kommt es immer aus Diktaturen ob Russ-

³ Dabei tun sich insbesondere auch engagierte Wissenschaftler hervor, die gigantische Umverteilungsprozess für fast trivial erklären, weil sie in ihren Modellen mathematisch aufgehen

land, Aserbaidshan, Turkmenistan, vom Golf oder aus dem Iran. Amerikanisches LNG wurde bisher in Deutschland wegen Fracking verteufelt wie Kernenergie und ist auch aus arabischen Quellen weniger klimaschonend als Pipeline-Gas⁴. Auch andere Rohstoffe sind kritisch für die Energiewende, für Windgeneratoren und Autobatterien, die aus Russland kommen und nicht beliebig verfügbar sind.

Die Frage muss aber doch auch immer wieder sein: Hätte ein radikales Zurückfahren russischer Rohstoffimporte nach 2014 der Ukraine überhaupt geholfen?

Ziemlich unwahrscheinlich: weder die Eroberung der Krim noch die Separationen von Donetsk und Lugansk brauchten großen Militäreinsatz. Hinsichtlich der Klimaneutralität von EU und Deutschland gibt es viele Illusionen, die es Moralisten immer leicht machen zu sagen, das wäre doch alles ohne russisches Erdgas auch gegangen. Ich mache mir das nicht zu eigen: die Ukraine kann weder heute noch rückwirkend fordern, der Klimaschutz hätte ihretwegen halt warten müssen. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Putin seine Armee weniger hätte aufrüsten können, wenn er seine Rohstoffe nach China und Indien statt nach Europa verkauft hätte.

So bleibt im Fazit keine berechtigte Kritik an der Russlandpolitik der letzten 20 Jahre übrig, auch nicht an Herrn Steinmeier. Wir müssen es wohl in Solidarität aushalten, dass einem Ukrainer kein Opfer zu groß ist, das andere für ihn bringen sollten.

⁴ Grüner Wasserstoff ist in diesem Zusammenhang nur eine Fußnote wert, da ökologisch absurd, solange Sonne und Wind nicht auch in Arabien oder Australien dominante Stromquellen geworden sind

Wir rätseln immer wieder, ob Putin einen geraden Weg zum Kriegsverbrecher geplant hat oder ob es Ereignisse gab, die einen international leidlich verträglichen Autokraten zum Warlord werden ließen.

Dabei ist stets die **Putin-Rede im Deutschen Bundestag vom 25.09.2001** in Erinnerung, die als freundlich und partnerschaftlich verstanden wurde.

Vielleicht gibt es etwas Hintergrundbeleuchtung, wenn man an die Ereignisse in der Ukraine erinnert. Dort war von 1994 bis **2004 Leonid Kutschma** Präsident, der für Moskau kein Problem darstellte. Kutschma unterstützte 2004 die Kandidatur von Wiktor Janukowytsch, während Julia Timoschenko Wiktor Juschtschenko unterstützte.

Als Janukowytsch, der auch Moskaus Unterstützung hatte, zum Sieger erklärt wurde, brach die „Orangene Revolution“ aus: das Wahlergebnis sei eine Fälschung, Juschtschenko der wahre Sieger. Das war auch das Urteil internationaler Beobachter. Das Verfassungsgericht gab den Klagen Recht und ordnete eine **2. Stichwahl 2005 an, die Juschtschenko** mit 7,8% Vorsprung gewann.

Die Präsidentschaft Juschtschenkos litt unter dem Bruch mit Julia Timoschenko. Für Moskau war die erfolgreiche „Orangene Revolution“ aber ein Rückschlag, auch wenn von NATO-Beitritt noch nicht die Rede war. Juschtschenko war eben nicht Moskaus Mann. Für Putin begann die wohl auch **persönliche Angst vor „farbigen Revolutionen“**, die er sich nur als CIA-gesteuert vorstellen konnte und wollte. Wie er nun dachte, machte er in seiner aggressiven **Münchener Rede im Feb. 2007** deutlich.

Die Ukraine nahm unter Juschtschenko eine freiheitliche Entwicklung, auch wenn Korruption und Oligarchentum kaum geschwächt wurden. Die Stichwahl im **Jan. 2010 gewann Janukowytsch** mit 3,5% Abstand auf Timoschenko; Juschtschenko war im 1. Wahlgang überall erfolglos geblieben. Das Wahlergebnis zeigte eine überragende Dominanz von Janukowytsch im Osten der Ukraine, während Timoschenko im Westen dominierte. Dies **Ergebnis war für Putin beru-**

higend; so gab es keine besonderen Spannungen mit Kiew, bis Janukowytsh begann, eine EU-Assoziation zu verhandeln.

Kurz vor der Unterzeichnung dürfte Moskau Janukowytsh zur Ordnung gerufen haben - gedroht/ erpresst/überzeugt? Als bekannt wurde, dass der Präsident die EU-Assoziation im Nov 2013 verworfen hatte, gab es Unruhen und Polizeigewalt sowie im Jan 2014 eine gesetzliche Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Als Janukowytsh auch die Unterstützung eigener Leute verlor, floh er nach Russland. Diese „**Euromaidan**“ genannte Revolution wurde am 23. 2. **2014** durch Wahl eines Übergangs-Präsidenten abgeschlossen.

Für Putin war diese Entwicklung, einen Vasallen in Kiew zu verlieren, eine schwere Niederlage; wieder interpretiert er den Umsturz nicht als Volkswille, sondern als CIA-Aktion gegen Russland. Noch während der „Friedenszeit“ der Olympischen **Winterspiele in Sotschi vom 13.-23. Februar 2014** gibt er den Befehl, die Krim „zurückzuholen“. Ab 7. **April 2014** beginnt die Separation ost-ukrainischer Territorien, die Putin mit verdecktem Militäreinsatz unterstützt. Die ukrainische Tragödie hat begonnen, die westlichen Sanktionen beginnen.

Auch wenn man durchaus eine strategische Entwicklung in Putins Machtpolitik erkennen kann (die Errichtung interner Diktatur, die Militarisierung der russischen Jugend, die Destabilisierungsversuche gegenüber den Demokratien des Westen incl. der Unterstützung von Populisten wie Trump, Johnson, Salvini, Le Pen), wird zwischen 2001 und 2014 eine Wechselwirkung mit der Entwicklung der Ukraine deutlich, die auch den Schluss zuließe, dass es insbesondere Putins Niederlagen in der Ukraine waren, die ihn radikalisiert haben. Denn wie jedem Diktator ist auch Putin die Angst ein ständiger Begleiter, gestürzt zu werden und vor Gericht und im Gefängnis zu enden.